

Gegen den geplanten Standort des Agrarcenters in Mersch – für eine ehrliche neue Standortsuche

Gemeinsame Stellungnahme:

*Bürgerinitiative BUSNA
Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga
Mouvement Ecologique
Natura*

25.03.2010

Gegen den geplanten Standort des Agrarcenters in Mersch – für eine ehrliche neue Standortsuche

Gemeinsame Stellungnahme der Luxemburger Umweltorganisationen und der Bürgerinitiative BUSNA

Obwohl der geplante Standort des Agrarcenters im Widerspruch zu den Direktiven der Landesplanung steht, erfolgte bis dato seitens der Regierung oder der Gemeinde Mersch kein deutliches Nein zum geplanten Standort. Das Gegenteil scheint eher weiterhin der Fall zu sein.

*Grund genug für die Bürgerinitiative **BUSNA**, die «Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga», den **Mouvement Ecologique** und seine **Regionale «Miersch an Emgéigend»** sowie die **Natura** erneut Stellung zu beziehen, auch zu rezenten Entwicklungen.*

1. Der derzeit zurückbehaltene Standort: im Widerspruch zu jedweden landesplanerischen Vorgaben

Der geplante Standort widerspricht in krassm Ausmaß den staatlichen Vorgaben betreffend die Landesplanung sowie den Entwürfen der sektoriellen Pläne. Kurz zur Erinnerung: Der geplante Standort

- ist derzeit **weder als Aktivitäts- / Industriezone ausgewiesen**, noch ist er im **sektoriellen Plan „zones d'activités économiques“ als neue Zone** vorgesehen;
- liegt in einer Zone, welche im „programme directeur de l'aménagement du territoire“, das für Regierung, Ministerien, Verwaltungen politisch verbindlich ist, wo eine „barrière à l'urbanisation“ verlangt wird... Übrigens: der Standort war bereits in der „déclaration d'intention“ der Landesplanung von 1981 als „zone verte interurbaine“ ausgewiesen ... seine Bedeutung dürfte also bekannt sein.
- ist deutlich im sektoriellen Plan „Geschützte Landschaften“ als „**coupure verte**“ definiert (Karte Seite 28) zwischen der Aktivitätszone im Umfeld des Einkaufszentrums „Topaze“ einerseits und der Aktivitätszone auf „Roost“.

Ziel dieser „coupure verte“ ist laut dem Planentwurf, „*in den urbanen Wachstumsräumen sowie Schwerpunkten der Siedlungs- und Gewerbeentwicklung in eher ländlich strukturierten Räumen ein bandartiges Zusammenwachsen von Siedlungsflächen zu verhindern. Darüber hinaus verbindet sich mit den Coupures vertes das Ziel, klimaaktive Flächen, Flächen des Biotopverbunds und der ortsnahen Erholung zu sichern.*“

Im „Plan sectoriel Paysages“ dargestellt sind die „aus **übergeordneter** Sicht wesentlichen Coupures vertes.“ Denn die Aussage im Text des „plan sectoriel“ ist eindeutig: „**Im Bereich der Coupures vertes wird die Siedlungsentwicklung auf die bestehenden Bauperimeter**

begrenzt.“ Und: „Die coupures vertes“ sind als landschaftliche und ökologische Ausgleichsbereiche zwischen den Siedlungen und zur Erholungsvorsorge von allen störenden Nutzungen freizuhalten.“

- mit seinem breiten grünen Naturband von Pettingen nach Finsterthal ist die letzte noch funktionierende Verbindung zwischen den großen Wäldern des östlichen und westlichen Luxemburgs;
- stellt somit einen der letzten Wildkorridore Ost-West dar, nicht ohne Grund wurde deshalb hier mit viel Geld seitens der Straßenbauverwaltung eine sehr effektive Wildbrücke errichtet;
- "stört in erheblichem Ausmass den genetischenn Austausch zwischen den Natura 2000-gebieten LU0001014 Zones humides de Bissen et Fënsterdall, LU0001018 Vallée de la Mamer et de l'Eisch und LU0001015 Vallée de l'Ernz blanche" ;
- grenzt direkt an die Naturschutzgebiete „Kinnegsboesch“ sowie „Pöttener Bësch“ an. Deren Schutzziele sind nebst dem Erhalt von hochgradig gefährdeten Pflanzenarten, auch die dynamischen Prozesse eines Waldes ohne störende menschliche Eingriffe („Naturwaldkonzept“);
- ist aus der Sicht der Verkehrssituation äußerst bedenklich: die Traktoren werden doch kaum die Autobahn nutzen, sondern sich ihren Weg durch Mersch und Colmar-Berg bahnen. Vor allem auch die kleine Ortschaft Pettingen wird mehr Belastungen erfahren.

Deutlicher kann ein Projekt den Zielen der Landesplanung sowie des Natur- und Landschaftsschutzes demnach kaum zuwiderlaufen.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass auch staatliche Fachgremien deutlich Stellung gegen das Projekt bezogen haben: der „*observatoire pour l'environnement naturel*“ sowie der Oberste Naturschutzrat („*conseil supérieur de l'environnement naturel*“) sprechen sich in der Tat eindeutig gegen den Standort aus. Zitat: „*Le CSPN émet un avis négatif contre ce site, et plaide pour le choix d'un site alternatif conforme aux directives de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement naturel.*“

Zudem ist zu befürchten, dass die geplanten Aktivitäten weitere nach sich ziehen werden. Nach dem Motto: „Nun ist der Standort bebaut ...“ besteht die Gefahr, dass dieser Präzedenzfall weitere Bebauungen respektive Erweiterungen ermöglichen könnte.

Dies ist um so mehr zu befürchten, weil die Bauherren beabsichtigen ein überdimensioniertes Areal (Agrozenter lässt grüßen) von um die 20 Hektar Größe zu erwerben. Verschiedene Parzellen wurden scheinbar auch bereits gekauft, obwohl noch keine Umklassierung der Grünzone erfolgt ist.

Schlußfolgerung:

Gemäß den Prinzipien der Landesplanung drängen die unterzeichnenden Organisationen mit Nachdruck darauf, einen weiteren Siedlungsbrei und die gänzliche Zersiedlung zwischen Mersch und Roost zu verhindern.

Der derzeit zurückbehaltene Standort ist aus landesplanerischer und aus landschafts- sowie naturschützerischer Sicht nicht annehmbar.

2. „Sech hannert der aler Regierung verstoppen, gëllt net!“

Als absolut fadenscheinig erscheint den unterzeichnenden Organisationen, dass die jetzige Regierung so tut, als könne sie das Projekt an diesem Standort quasi nicht mehr verhindern. „*Mir géife jo gären, mee mir kënnen net (méi)...*“

Dies lediglich deshalb, weil die Promotoren einzelne Politiker scheinbar im Hauruckverfahren dafür gewinnen konnten, 14 Tage vor dem Wahltermin im letzten Jahr (sic) an einer Pressekonferenz vor Ort teilzunehmen. Pikant ist, dass noch kurz vor der Pressekonferenz die Teilnehmer scheinbar davon ausgingen, dass diese in Colmar (sic) stattfinden würde.

Dabei kann doch eine derartige Pressekonferenz keinen Ersatz für einen demokratischen und politischen Entscheidungsprozess darstellen, im Rahmen dessen

- das betriebswirtschaftliche Konzept des Promotors in Zusammenhang mit dem Allgemeininteresse („intérêt public“) bzw. dem Interesse der Landwirtschaft nachvollziehbar in einen Zusammenhang gesetzt würde – beide sind nicht a priori identisch! Beide Prozesse wurden bis heute nicht durchgeführt!
- innerhalb der Ministerien eine sorgsame Abwägung von potenziellen Standort es erfolgt, was nach den vorliegenden Informationen nicht der Fall war;
- klare Kriterien für die Standortauswahl sowie ein nachvollziehbarer Prozess im Vorfeld erfolgt wäre;
- auch der Gemeinderat der Gemeinde Mersch in die Debatte eingebunden wird;
- auch die evtl. Nachteile für die Einwohner von Mersch und Pettingen seitens der Gemeinderäte sachlich abgewogen hätten;
- alle juristischen und demokratischen vorgesehenen Prozeduren durchgeführt würden.

Insofern ist es einer Demokratie unwürdig, wenn nun nach den Wahlen eine einzelne Pressekonferenz herhalten muss, um einen falschen Standort zu legitimieren.

Vielmehr muss nun in aller Sachlichkeit und Ruhe das Dossier diskutiert werden, statt dass sich Promotoren und der Staat immer weiter in eine politisch untragbare Situation manövrieren. Es wäre höchste Zeit endlich glaubwürdig Zukunftsperspektiven für das Projekt des neuen Agrarzenters zu eröffnen, die konform zu geltenden politischen Vorgaben sind.

Nicht tragbar ist nach Ansicht der Organisationen in diesem Zusammenhang, dass manche Minister zwar zugeben, dass der Standort im Widerspruch zu den sektoriellen Plänen steht, jedoch argumentiert wird, die Pläne seien ja noch nicht juristisch verbindlich. Insofern dürfe das Projekt durchaus realisiert werden ... Diese Argumentation ist ein Armutszeugnis für jeden Politiker und erübrigt sich jeden Kommentars.

3. Statt einem ehrlichen Suchen nach tragfähigen Lösungen – weitere Winkelzüge zur Irreführung der Öffentlichkeit

Angesichts der doch heftigen und berechtigten Kritiken gegen das Projekt, scheinen sich die Promotoren nun eine vermeintlich subtilere Strategie ausgedacht zu haben.

Und zwar wollen sie im Rahmen einer sogenannten „Strategischen Umweltprüfung“ scheinbar vorgaukeln, als ob die Standortwahl für das Agrarcenter doch aufgrund fachlicher Kriterien sowie demokratischer Prozesse erfolgen würde bzw. der aktuelle Standort auf diese Weise im Nachhinein legitimiert werden könnte.

Das Ganze läuft jedoch erneut auf eine Irreführung hinaus!

Zu den Fakten: In den vergangenen Wochen luden die Promotoren des Projektes auch die unterzeichnenden Organisationen zu Sitzungen ein, in denen

- die Strategische Umweltprüfung (sogenannte SUP) diskutiert werden sollte
- aber auch im Rahmen dieser SUP über evtl. alternative Standorte nachgedacht werden sollte. Dabei wurden Kriterien für den potenziellen Standort erstellt.

Zu diesen Sitzungen waren Gemeinden aus der Region sowie die unterzeichnenden Organisationen eingeladen.

Die Nicht-Regierungsorganisationen haben ihre Teilnahme jedoch verweigert, dies aus mehreren Gründen:

3.1. Standortsuche ist eine Aufgabe von Promotoren und Ministerien – nicht jedoch von BürgerInnen und Nicht-Regierungsorganisationen!

Nach Ansicht der unterzeichnenden Organisation ist es nicht die Rolle von 6 Gemeinden sowie den Umweltbewegungen oder einer Bürgerinitiative - gemeinsam mit den Promotoren - einen Standort zu suchen!

Das ist schlichtweg die Rolle der Ministerien für nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft, Mittelstand bzw. Landwirtschaft. Auf der Grundlage der Freiflächen in bestehenden Aktivitätszonen sowie ggf. der neu auszuweisenden Zonen im Rahmen des Entwurfes des sektoriellen Planes „zones d'activités“ soll seitens der verantwortlichen Stellen in aller Objektivität eine Standortwahl „selon les règles de l'art“ erfolgen!

Es sind die Ministerien, die letztlich über die notwendigen Basisinformationen verfügen! U.a. über das Wissen, in welchen Zonen welche Fläche verfügbar ist. Nach unseren Informationen war das Wirtschaftsministerium – das federführend für die Ausarbeitung des sektoriellen Planes „zones d'activités“ war – nicht einmal im Vorfeld über die Pläne des Promotors bzw. die Ankündigung des Standortes informiert worden!!

Die Rolle einer alternativen Standortwahl nunmehr BürgerInnen Nicht-Regierungsorganisationen mit übertragen zu wollen, ist absolut unwirklich und völlig fehl am Platz. Hier findet eine Umkehr der Verantwortung statt, die weder sinnvoll noch machbar ist.

Hier wird vielmehr der plumpe Versuch gestartet, BürgerInnen und Umweltorganisationen gegen Gemeinden auszuspielen bzw. sie für die Ziele des Promotors zu instrumentalisieren.

3.2. Vorgehensweise nicht glaubhaft: es findet keine ehrliche neue Standortwahl mehr statt!

Kaum einer nimmt zudem den Promotoren ab, dass wirklich ehrlich ein neuer Standort gesucht werden soll.

Dies aus zahlreichen Gründen:

- Es ist völlig unüblich, dass im Rahmen einer konkreten „Strategischen Umweltprüfung“ für einen spezifischen Standort (so wie dies derzeit erfolgt!) nach alternativen Standorten gesucht wird. Normal wäre gewesen, im VORFELD alternative Standorte auszusuchen und diese dann gegeneinander im Rahmen einer generellen SUP für alle Standorte nach klar definierten Kriterien gegeneinander abzuwägen. Hier wird das Pferd von hinten aufgesattelt!
- Wie wenig offen die Standortsuche noch ist zeigt auch die Tatsache auf, dass sich die Promotoren weiterhin – gleichzeitig zur vermeintlichen neuen Standortsuche -, nach außen nach wie vor mit aller Konsequenz für den heutigen Standort aussprechen. Auch sog. „compromis“ für die notwendigen Parzellen wurden schon unterschrieben ...

Hierzu erübrigt sich wohl jeder Kommentar oder wie sagt der Volksmund „*hei gëtt probéiert, d’Leit fir domm ze verkafer*“.

3.3. Kriterien für die Standortwahl – ein Spiel mit gezinkten Karten

Wie wenig glaubwürdig auch die Suche nach einem Standort ist, zeigen auch die Auswahlkriterien für die Standortwahl auf, die im Rahmen der „Strategischen Umweltprüfung“ festgelegt wurden und die „*landesweit eine Raumanalyse (...)*“ erlauben sollen.

In einem sog. „Erläuterungsbericht“ (datiert vom 2.März 2010) zur „Strategischen Umweltprüfung für das Luxemburger Agrarzentrum“ wird zwischen zwei Kriterienarten unterschieden:

- **Wie biegt man Kriterien im Sinne der Interessen des Promotors zurecht?**

Folgende drei „Eignungskriterien“ werden für den neuen Standort definiert:

- eine „*zentrale Lage in Luxembourg*“.
- eine „*gute Verkehrsanbindung*“ sowie
- eine „*Mindestflächengröße von 10 ha (unabdingbares betriebswirtschaftliches Kriterium des Verbandes)*“.

Die Art und Weise, wie diese Kriterien anschließend erläutert werden, gaukelt eine Wissenschaftlichkeit vor, die nicht gegeben ist:

➤ Betreffend die zentrale Lage

Diese zentrale Lage wird anschließend aufgrund des Abstandes zu der Landesgrenze (sic!) ermittelt mit der überraschenden Erkenntnis, dass die zentralsten Flächen auf dem Gebiet der Gemeinden Colmar-Berg, Bissen, Nommern, Mersch, Fischbach und Lintgen liegen.

Hier wird eine Pseudo-Wissenschaftlichkeit vorgetäuscht, die einem Fachbüro unwürdig ist und ihn de facto diskreditiert. Der Abstand zu den Landesgrenzen von Wemperhardt, Echternach, Steinfort, Schengen und Rodange dürfte kein sinnvoller Indikator für die Zentralität eines Standortes darstellen. Wenn ein solches Kriterium eine Bedeutung haben sollte, so müssten ja vielmehr die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe im Land und besonders der potentiellen Anlieferer von landwirtschaftlichen Erzeugnissen von Bedeutung sein...

➤ Betreffend die Verkehrserschließung

Die gleiche Pseudo-Wissenschaftlichkeit wird auch in Zusammenhang mit der Verkehrserschließung angewandt. Hier erstaunt, dass die Nähe zur Autobahn ein Plus darstellt: seit wann dürfen Traktoren mit schwer geladenen Anhängern auf dem Weg zum Agrarzentrum die Autobahn nutzen? Oder geht es hier in erster Linie um andere kommerzielle Interessen des Promotors, die nicht direkt mit dem Agrarzentrum selbst zu tun haben (Maschinenverkauf, Werkstatt...)?

➤ Betreffend die Mindestgröße

Was die Mindestgröße des Grundstücks anbelangt, so sei in der Tat darauf hingewiesen, dass auch eine Maschinen-Verkaufsstelle, Werkstatt sowie Bürogebäude vorgesehen sind: diese sind Teil des betriebswirtschaftlichen Konzeptes des *Promotors*, müssten jedoch aus *nationaler* Sicht nicht a priori Teil eines Agrarzentrums im Dienste der Luxemburger Landwirtschaft sein. Insofern müsste auch dieses Kriterium – aus Sicht der Allgemeinheit – zu hinterfragen sein! Jedenfalls stellen diese Aspekte keine landwirtschaftlichen Aktivitäten dar...

Außerdem ist die Mindestgröße, welche laut SUP erforderlich ist, deutlich höher angesetzt als die Gesamtgröße welche laut den Betreibern für die Anlagen bebaut werden soll.

• **... wie kann man sich anlegen, damit wichtige Ausschlusskriterien „vergessen“ werden...?**

Ebenso befremdend sind die angeführten „Ausschlusskriterien“, die den Ansprüchen einer realen Fachlich- und Wissenschaftlichkeit und somit der notwendigen Objektivität nicht genügen. Wer die Ausschlusskriterien durchliest, erkennt, dass hier alles getan wurde, damit der heutige Standort nicht in Frage gestellt werden kann.

So gehören zu den Ausschlusskriterien laut „Erläuterungsbericht“ folgende:

Schonung ausgewiesener Schutzgebiete aufgrund des Gesetzes vom 29.Mai 2004 sowie aller Waldflächen mit 30 m Puffer sowie der Erhalt der Kultur- und Naturlandschaften / Schutz des

Landschaftsbildes mit Ausschluss aller Waldflächen und Talauenbereiche sowie die Vermeidung starker Eingriffe in das natürliche Relief.

D.h. es werden de facto „Selbstverständlichkeiten“ als Ausschlusskriterien benannt und dabei andere, die jedoch unabdingbar sind, schlicht „vergessen“:

- Ein Standort in einem Schutzgebiet bzw. einer Waldfläche wäre sowieso in Luxemburg gesetzlich nicht möglich gewesen! In anderen Worten: hier wird „geblufft“!
- Dass das Studienbüro - sogar im Internationalen Jahr der Biodiversität 2010 - „vergisst“ als wichtiges Kriterium den „Erhalt von Verbindungskorridoren im Biotopverbund auf regionaler bzw. nationaler Ebene“ anzugeben, dürfte kein Zufall sein und zeigt seine Abhängigkeit vom Promotor. Liegt doch der, von Promotoren und gleichzeitig Auftraggeber der Umweltprüfung, zurückbehaltene Standort wie bereits erwähnt gerade in dem fast einzigen noch verbleibenden freien Ost-West-Korridor im Alzette-Siedlungsband... Die Tatsache, dass seitens der Straßenbauverwaltung gerade an dieser Stelle eine Wildbrücke über die Nordstraße errichtet wurde, belegt dies wohl zur Genüge.
- Erstaunlich ist somit an sich eigentlich auch nicht, dass „vergessen“ wurde, vom Entwurf des sektoriellen Planes „Paysages protégés“ vorgesehene Einschränkungen wie z.B. die „coupures vertes“ als Ausschlusskriterium für einen Standort vorzusehen.

Der vom Promotor ins Auge gefasste Standort in Pettingen / Mersch befindet sich in einer solchermaßen ausgewiesenen „Coupure verte“, dessen Zielsetzung am Anfang dieses Dokumentes erläutert wurde.

Eine Berücksichtigung dieses Kriteriums hätte demnach automatisch den Ausschluss des derzeit ins Auge gefassten Standortes bedeutet, was der Auftraggeber der Umweltprüfung, d.h. der Promotor, wohl bewusst verhindern wollte. Also wurde das Kriterium schlicht und einfach „vergessen“...

Nach den Bestimmungen des Planentwurfes wäre somit die gesamte Fläche des vom Promotor zurückgehaltenen Standortes ausgeschlossen, da sie innerhalb einer übergeordneten (!) d.h. national relevanten „Coupure verte“-Bereiches sowie außerhalb des Bauperimeters liegt!

Gewiss: der Planentwurf ist noch nicht in Kraft. Aber er erhielt in einer interministeriellen Arbeitsgruppe und vom Ministerrat in dieser Form die Zustimmung und beruht auf wissenschaftlichen Daten u.a. auch vom Naturhistorischen Museum, die auch ein Studienbüro im Rahmen einer sog. Umweltprüfung hätte berücksichtigen müssen. Wer will noch an die Glaubwürdigkeit von unabhängiger Gutachtertätigkeit bzw. Politik glauben, wenn noch vor Inkraftsetzen eines Planes vollendete Tatsachen in wesentlichen Punkten unter Missachtung fachlich belegter Fakten geschaffen werden.

Im Übrigen: Das „Programme directeur de l'aménagement du Territoire“, das für Regierung, Ministerien und Verwaltungen *politisch* verbindlich ist, hat an der gleichen Stelle schon eine „*barrière à l'urbanisation*“ vorgesehen.

Diese wissenschaftlich und politisch belegten Fakten als Ausschlusskriterium zu „vergessen“, diskreditiert die sog. Umweltprüfung als reine Gefälligkeitsstudie im Sinne des Auftraggebers d.h. des Promotors.

- Die Formulierung betreffend die Schutzgebiete ist in dieser Form äußerst vage und allgemein gehalten: sind damit die Einzugsgebiete von Trinkwasserquellen gemeint? Es ist in der Tat bekannt, dass im zukünftigen Agrarzentrum auch der Aspekt „Saatgutbeizung“ vorgesehen ist. Damit verbunden sind Risiken für das Einzugsgebiet, z.B. der Quellen, die um Pettingen / Mersch liegen... . Tatsache ist, dass weniger in der Nähe des geplanten Standortes die Gemeinde Mersch von Januar 2009 bis September 2009 166.000 m³ Trinkwasser aus einer „nappe souterraine“ abgepumpt hat. Nach (der Meinung des) Wasserwirtschaftsamts(es) besteht zwar keine direkte Verbindung zu dieser Wasserreserve, eine direkte Gefahr bei einem Unfall kann aber nicht ausgeschlossen werden.

Eine Verseuchung durch Insektizide und Pestizide oder durch Kunstdünger hätte jedenfalls verheerende Folgen für den Wasserhaushalt der Gemeinde Mersch.

- Im „Plan directeur sectoriel – Zones d'activités économiques“ werden für solche Anlagen (Futtermittelherstellung, Saatgutherstellung, ...) mindestens 500 m Abstand zu den Wohngebieten verlangt. Diese Abstände wurden in Anlehnung an den Abstanderlass von Nordrheinwestfalen gewählt. Diese Vorgaben widersprechen also deutlich den 250m Puffer, welche in der SUP vorgegeben werden. Weiterhin verlangt der „Plan sectoriel-ZAE“, dass diese Pufferzonen die gesamte Zone umgeben soll. Bei korrekten Abständen ist der Standort also nicht mehr für die geplanten Nutzungen erschließbar.

FAZIT

Die derzeitige Entwicklung in Sachen Agrarzentern ist ein **Possenspiel**, das zum Ziel hat

- eine landesplanerisch und politisch unhaltbare Situation im Nachhinein zu legitimieren
- die Öffentlichkeit und die interessierten Kreise regelrecht „für dumm zu verkaufen“.

1. **Das Stillschweigen des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen ist in diesem Zusammenhang nicht länger hinzunehmen.** Dass das Nachhaltigkeitsministerium diesem Spiel tatenlos zusieht, ist politisch unverantwortlich: damit wird eines der wenigen landesplanerischen Instrumente, über die dieses Ministerium zur Verhinderung einer weiteren Zersiedlung der Landschaft verfügt – nämlich die sektorielle Planung - ad absurdum geführt, noch bevor es in Kraft gesetzt wurde! Es wäre ja gerade an diesem Ministerium gewesen, unabhängig von den Promotoren, Kriterien festzulegen, an denen eine Standortsuche sich zu orientieren hätte!
2. Aber vielleicht erklärt sich diese Tatenlosigkeit ja dadurch, dass – wie in der Zwischenzeit gewusst ist – das **Staatsministerium** - gegen jede landesplanerische und naturschützerische Vernunft - den Promotoren des Agrarzentrums im Vorfeld des Wahltermins (sic!) eine Zusage für den derzeitigen Standort gegeben hat.

3. Umweltorganisationen und BUSNA stellen zudem die **unwissenschaftliche Vorgehensweise in Sachen „Strategische Umweltprüfung“** grundsätzlich in Frage.

Es wäre an den offiziellen Instanzen gemeinsam mit den Promotoren den geeigneten Standort zu suchen, und dies nicht im Rahmen einer SUP für einen spezifischen Standort, sondern im Rahmen eines generellen Abwägungsprozesses diverser Standorte.

Zudem ist die fachliche Begründung einer Reihe von Auswahlkriterien für den Standort als schlichtweg fachlich nicht tragbar anzusehen. Ebenso unakzeptabel ist wiederum, aus landesplanerischer und naturschützerischer Sicht, dass grundlegende Kriterien, nicht berücksichtigt werden. In der vorliegenden Form

* wird die Umweltprüfung vom Ansatz her fachlichen Standards nicht gerecht;

* entspricht sie nicht den Anforderungen einer unabhängigen gutachterlichen Tätigkeit;

* stellt sie eine Gefälligkeitsstudie im Sinne des Auftraggebers, d.h. des Promotors dar

* vernachlässigt sie in größter Weise Anforderungen aus der Sicht des Allgemeininteresses und im Besonderen landesplanerischer Belange.

4. Noch ist es nicht zu spät: wer ein faires und transparentes Verfahren möchte, der sollte **alle fachlich und politisch notwendigen Auswahlkriterien** anführen. Ansonsten ist und bleibt das Ganze eine Vortäuschung falscher Tatsachen. Nicht mehr und nicht weniger!

Die unterzeichnenden Organisationen sind deshalb der Überzeugung, dass es höchste Zeit ist die aktuelle Sackgasse zu verlassen und endlich Zukunftsperspektiven für das Projekt des neuen Agrarzenters zu eröffnen, die konform sind zu den politischen Vorgaben.

Die Träger des Projektes sollen gemeinsam mit den Ministerien – die über die erforderlichen Daten betreffend Aktivitätszonen verfügen – einen den Kriterien der Landesplanung entsprechenden Standort suchen.

5. *BUSNA, Letzebuenger Natur- a Vulleschutzliga, Mouvement Ecologique und Natura weigern sich entschieden die aktuelle « laisser faire »-Politik hinzunehmen. Sie werden mit der letzten Konsequenz alle politischen und rechtlichen Wege nutzen, um diese Infragestellung von Landesplanung und Landschaftsschutz zu verhindern.*

BUSNA
Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga
Mouvement Ecologique
Natura

25.03.2010